

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung vom 2. Juli 2020, 17:15 Uhr, Kultur- und Kongresszentrum Thun

Anwesend

Stadtrat

Vorsitz: Stadtratspräsident Daniela Huber Notter
Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Katharina Ali-Oesch, Martin Allemann, Marc Barben, Jonas Baumann-Fuchs, Valentin Borter, Adrian Christen, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Susanne Gygax, Thomas Hiltbold, Alwin Hostettler, Manon Jaccard, Reto Kestenholz, Barbara Klossner-Beer, Nicole Krenger, Darshikka Krishnanantham, Alice Kropf, Andreas Kübli, Serge Lanz, Manfred Locher, Michelle Marbach, Thomas Rosenberg, Eveline Salzmänn, Nina Siegenthaler, Reto Schertenleib, Carlo Schlatter, Franz Schori, Alois Studerus, Reto Vannini, Markus van Wijk, Cloe Weber, Daniela Weber, Simon Werren, Sarah Zaugg

Gemeinderat

Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Andrea de Meuron,
Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener und Peter Siegenthaler

Ferner

Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller

Sekretariat

Stadtratssekretär Christoph Stalder
Protokollantin Tanja Aebersold

Entschuldigt

Stadtrat Roman Gugger, Stadträtin Verena Schneider

Schluss der Sitzung

19:45 Uhr

Die Stadtratspräsidentin begrüsst zur heutigen Stadtratssitzung im KK Thun. Sie liest die Todesanzeige von Alain Kleiner vor. Er ist am 19. Juni 2020 überraschend verstorben. Seit 2011 gehörte er für die SVP dem Stadtrat an. Sein politisches Engagement war geprägt von viel Herz und Weitsicht. Er hat engagiert politisiert und war er ein geselliger Mensch, der gerne gejasst hat. Der Stadtrat wird seine unaufgeregten und punktgenauen Voten vermissen. Der Rat legt in Gedenken an Alain Kleiner eine Schweigeminute ein.

Die Stadtratspräsidentin begrüsst Nina Siegenthaler im Stadtrat, welche die Nachfolge von Margrit Schwander antritt.

Der Rat genehmigt die Traktandenliste stillschweigend.

72. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 11. Juni 2020

Stadtratsbeschluss

Der Rat genehmigt das Protokoll stillschweigend.

73. Kadettenkommission

- a) Wahl von Yves Jaccard anstelle der zurückgetretenen Julia Kuslys
- b) Wahl von Niklaus Blaser anstelle des auf 31. Dezember 2020 zurücktretenden Bernhard Wittwer

Die Stadtratspräsidentin nimmt zur Kenntnis, dass die Wahlvorschläge nicht vermehrt werden.

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 5. Juni 2020, beschliesst:

1. Von der Demission von Julia Kuslys per 3. März 2020 und von Bernhard Wittwer per 31. Dezember 2020 wird Kenntnis genommen. Die in diesem Amt geleisteten Dienste werden bestens verdankt.
2. Als Ersatz für Julia Kuslys wird Yves Jaccard, geb. 1997, von Les Clées VD, wohnhaft Parkstrasse 34, 3600 Thun, als Mitglied in die Kadettenkommission gewählt, und zwar ab sofort und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2022 endenden Amtsdauer.
3. Als Ersatz für Bernhard Wittwer wird Niklaus Blaser, geb. 1986, von Langnau BE, kaufmännischer Angestellter, wohnhaft Hortinweg 6, 3600 Thun, als Mitglied in die Kadettenkommission gewählt, und zwar ab 1. Januar 2021 und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2022 endenden Amtsdauer.
4. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

74. Personalvorsorgereglement (PVR). Teilrevision 2020

Teilrevision Artikel 31 PVR betreffend Organisation Geschäftsstelle

Gemeinderätin Andrea de Meuron hofft, dass das Geschäft ausreichend dokumentiert ist und nachvollziehbar ist, wieso die Teilrevision beantragt wird. Sie würdigt das Wirken von Peter Heimann. Die Zeit hat sich gewandelt. Das Pensionskassenwesen ist komplexer worden, es braucht viel Fachwissen. Die

Änderung wird rückwirkend beantragt, weil ein gewisser zeitlicher Druck entstanden ist. Dies auch weil die stellvertretende Geschäftsführerin gekündet hat. Ein sorgsamer Umgang mit den Pensionskassengeldern musste gewährleistet werden. Der Gemeinderat war gefordert, rasch eine Lösung zu suchen. Sie ist froh, dass nun eine gute Lösung vorgelegt werden kann, die auch die Corporate Governance gewährleistet.

Daniela Weber, **SAKO FIRU**, führt aus, dass die Teilrevision des Personalvorsorgereglements eine gute Lösung ist und der Komplexität der beruflichen Vorsorge und Interessenskonflikten sowie dem Datenschutz Rechnung trägt. Die externe Lösung hat weiter positive Auswirkungen auf die städtischen Finanzen. Die Änderungen haben keine Auswirkungen auf die Versicherten. Die SAKO FIRU stimmt dem Revisionsantrag bei zwei Abwesenheiten einstimmig zu.

Daniela Weber, **SVP-Fraktion**, teilt mit, dass die Fraktion der Teilrevision des Personalvorsorgereglements einstimmig zustimmt.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, sagt, dass die Fraktion dem Geschäft zustimmen wird, weil die Begründung einleuchtend ist. Es ist richtig, dass die Pensionskassenkommission künftig zuständig ist für die Wahl der Geschäftsstelle. Es gibt einen kritischen Punkt. Es gab dieses Jahr zwei strukturelle Anpassungen aufgrund von Corporate Governance bei einem Stellenwechsel. Die Fraktion wünscht, dass der Gemeinderat hinschaut bei verschiedenen Vertretungen und durchleuchtet wird, wie es mit der Corporate Governance aussieht. Die SP-Fraktion denkt insbesondere an die Stadtvertretung in der Parkhaus Thun AG. Strukturelle Anpassungen im Zusammenhang mit Corporate Governance sollen künftig proaktiv vorgenommen werden und es soll nicht gewartet werden, bis es einen personellen Wechsel gibt.

Nicole Krenger, **Fraktion glp/BDP**, gibt bekannt, dass die Fraktion der Teilrevision einstimmig zustimmen wird. Die beantragte Anpassung ist verständlich und nachvollziehbar. Es ist gut, wenn man es auslagert, auch weil die Aufgaben immer komplexer werden. Aufgrund des personellen Wechsels scheint es der richtige Zeitpunkt zu sein. Erfreulich ist auch, dass Kosten eingespart werden können.

Alois Studerus, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, teilt mit, dass die Fraktion dem Antrag einstimmig zustimmen wird. Wegen personellen Engpässen musste eine Lösung gesucht werden. Es ist eine richtige Lösung zum richtigen Zeitpunkt. Es ist auch richtig, das Reglement rückwirkend anzupassen. Die eingesparten Kosten tun der Stadt Thun gut.

Susanna Ernst-Reusser (FDP) führt aus, dass die FDP Peter Heimann für seine langjährige Arbeit dankt. Durch die zunehmende Komplexität der beruflichen Vorsorge sind die Anforderungen an eine städtische Pensionskasse gestiegen. Der zeitliche Aufwand und die Beratungsleistungen sind stetig gestiegen. Weitere Gründe sind der Datenschutz und die Vermeidung von Interessenkonflikten zwischen Arbeitgeber und Pensionskasse. Die FDP stimmt der Anpassung einstimmig zu.

Alwin Hostettler, **Fraktion Grüne/JG**, sagt, dass die vorliegende Teilrevision in der Fraktion durchwegs positiv aufgenommen worden ist. Es ist schlüssig dokumentiert, dass die Auslagerung der Geschäftsstelle zur Auflösung von Interessenkonflikten sowie der Gewährleistung des Datenschutzes sinnvoll ist. Wegen den aktuellen Gegebenheiten ist nun auch der richtige Zeitpunkt dafür. Positiv ist weiter, dass ein Dienstleister aus der Region gefunden werden konnte und ein finanzieller Minderaufwand erzielt werden kann. Die Fraktion wird der Genehmigung der Teilrevision zustimmen.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 Buchstabe a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 5. Juni 2020, beschliesst

1. Genehmigung der Teilrevision des Personalvorsorgereglements und rückwirkende Inkraftsetzung per 1. April 2020.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

75. Bericht zu den Klimaschutz-Eingaben der Parteien

Kenntnisnahme von der Berichterstattung des Gemeinderates

Gemeinderätin Andrea de Meuron führt aus, dass das Geschäft entstanden ist, weil der Gemeinderat die Stadtratsfraktionen eingeladen hat, konkrete Vorschläge zu bringen, wie die Klimaziele erreicht werden können. Es erfolgten über 150 Eingaben. Der Gemeinderat will Rechenschaft ablegen, was mit den Eingaben gemacht worden ist. Es soll eine gute Übersicht geschaffen werden. Es soll aufgezeigt werden, was der Gemeinderat macht und wo es personelle Ressourcen braucht, damit man weiterarbeiten kann. Es war viel Arbeit, die aber einen Mehrwert mit sich bringt, auch als ein Controlling-Instrument. Es kann auch den Stadratsmitgliedern Arbeit abnehmen, da sie sehen, was der Gemeinderat vorhat und dass somit in einigen Bereichen keine Vorstösse mehr eingereicht werden müssen.

Daniela Weber, SAKO FIRU, erläutert, dass es sich um eine reine Kenntnisnahme in diesem Geschäft handelt. Die SAKO FIRU empfiehlt einstimmig bei zwei Absenzen, den Bericht des Gemeinderates zur Kenntnis zu nehmen und das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Eveline Salzmann, SVP-Fraktion, teilt mit, dass 155 Vorschläge beim Gemeinderat eingegangen sind. Schade ist, dass bei vielen Eingaben die Vorgaben des Gemeinderates nicht eingehalten worden sind. Wenn Vorschläge eingereicht werden, muss dies die Stadtverwaltung prüfen, was Zeit und Geld kostet. Auch führt das Einreichen von gleichlautenden Vorstössen zu Ermüdungserscheinungen. Es wurden auch gute Vorschläge eingereicht. Der Bericht zeigt auf, dass viele Eingaben bereits durch den Gemeinderat geprüft worden, in Planung oder bereits in Umsetzung sind. Jetzt geht es darum, dass der Gemeinderat konkrete Klimamassnahmen erarbeitet. Das Preis-Leistungsverhältnis muss im Auge behalten werden. Die Wirkung auf das Klima, die Kosten für die Stadt Thun und der volkswirtschaftliche Effekt sollen aufgezeigt werden. Die Fraktion wird den Anträgen des Gemeinderates einstimmig folgen.

Nicole Krenger, Fraktion glp/BDP, sagt, dass es eine gute und wichtige Ausgangslage ist, damit ermittelt werden kann, wie weiter vorgegangen werden soll. Es ist ersichtlich, woran der Gemeinderat arbeitet und man kann so abschätzen, wo mit einem Vorstoss mehr Gewicht eingebracht werden kann. Rückwirkend betrachtet wird der Vorschlag zu einem Klimareglement erneut eingebracht, wie dies die Stadt Bern machen will. Die Fraktion wird den Anträgen einstimmig folgen.

Hanspeter Aellig (FDP) führt aus, dass die Auslegeordnung des Postulats vorerst erfüllt ist. In Kapitel 4 erkennt man, dass die Verwaltung eine Art Cockpit erstellt hat und die Verbindungen zu laufenden oder künftigen Projekten aufzeigt. Es liegt in der Verantwortung von uns allen, den künftigen Generationen eine gut erhaltene Lebensgrundlage zu sichern. Zielführende Massnahmen müssen stets ökologisch, ökonomisch und nachhaltig sein. Nur so sind sie wirksam, finanzierbar und von den Menschen akzeptierbar. Das Ziel kann nur durch Innovation, Fortschritt und gute Rahmenbedingungen erreicht werden. Die FDP ist überzeugt von der Eigenverantwortung der Bevölkerung. Mittels Audits und Reporting soll das vorliegende Grundlagenpapier für den Stadtrat und die Öffentlichkeit nachgeführt werden. Die Arbeit der Stadtverwaltung soll nun nicht mit einer erneuten Flut von Vorstössen blockiert werden. Die FDP folgt den Anträgen des Gemeinderates einstimmig und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Franz Schori, SP-Fraktion, äussert sich dahingehend, dass die Fraktion den Bericht positiv zur Kenntnis nimmt. Die Abschreibung des Postulats ist angebracht. Es wurden 155 Vorschläge eingereicht, was eine

grosse Arbeit bedeutete. Umso grösser war die Arbeit der Stadtverwaltung, der Energie Thun und des Gemeinderates. Es ist ein wunderbares Instrument, um zu sehen, welchen Weg der Gemeinderat für den Klimaschutz einschlagen will. Der Gemeinderat wird an den Taten gemessen werden. Es lohnt sich, die Unterlagen zu behalten und ab und zu einen Blick hinein zu werfen. Wenn man mit etwas nicht zufrieden ist, kann es dann die Grundlage sein für einen Vorstoss.

Marc Barben, **Fraktion Grüne/JG**, sagt, dass viele Eingaben an den Gemeinderat gemacht worden sind. Es ist nachvollziehbar, dass der Stadtrat nun Einblick haben will, was geprüft, umgesetzt oder abgelehnt worden ist. Das sichtbar und transparent zu machen, hat zu viel Aufwand geführt. Es ist allerdings ein gut investierter und gerechtfertigter Aufwand. Aufgrund des informativen Berichts werden viele Vorstösse nicht nötig sein und andere werden präziser und zielführender eingereicht werden können. Man ist aber noch nicht am Ende betreffend Klimaschutz. Der Weg ist nun aber etwas klarer. Nun ist man am Beginn des Weges. Die Fraktion nimmt den Bericht dankend zur Kenntnis und erachtet das Postulat als erfüllt.

Alois Studerus, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, findet die Eingaben und Zusammenstellung hilfreich und übersichtlich. Es ist daraus ersichtlich, welchen Handlungsbedarf und welche Wirkungen die eingereichten Vorschläge erzielen und wo die Stadt bereits aktiv ist und was sie macht. Wichtig ist auch die Nennung, welche Instrumente zur Umsetzung erarbeitet werden sollen. Diese Instrumente werden in der nächsten Zeit erarbeitet, ergänzt und auch politisch legitimiert werden müssen. Der Weg soll nun weiterbeschritten werden und die Vorschläge sollen umgesetzt werden. Die finanziellen Auswirkungen der Massnahmen sind noch nicht bekannt. Angesichts der nicht ganz rosigen finanziellen Lage muss ermittelt werden, was am wirkungsvollsten ist und was am besten umgesetzt werden kann. Eine Innovation ist jedem Verbot vorzuziehen. Die Fraktion wird den Bericht zur Kenntnis nehmen.

Gemeinderätin Andrea de Meuron freut sich über die durchwegs positive Aufnahme und die lobenden Worte. Mit den Massnahmen wird der Rücken des Gemeinderates gestärkt, um weiterzugehen. Es wird spannend sein, mit welchen Massnahmen am meisten CO₂ eingespart werden kann. Es gibt eine grosse Wirkung bei den Massnahmen, welche die Kommunikation und Partizipation anbelangen. Es gibt Massnahmen, die eigentlich nichts kosten, wie nämlich unser eigenes Verhalten. Es ist eine freiwillige Verhaltensänderung, die auch Freude machen kann. Es soll eine Bewusstseins-schärfung bei der Bevölkerung durch Information erzielt werden. Mit der Wirtschaft wird geprüft, ob eine Klimaplattform Wirtschaft etabliert werden kann. Es erfolgte erfreulicherweise eine sehr positive Rückmeldung der Wirtschaftsverbände. Dies ist eine Massnahme des gemeindeübergreifenden Richtplans Energie. Der Gemeinderat wird den Weg weitergehen und ist gefordert.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 36 Buchstabe b Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 5. Juni 2020, beschliesst:

1. Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates zu den Klimaschutz-Eingaben der Parteien.
2. Das Postulat P 25/2019 betreffend das Erarbeiten eines Berichtes zu den Klimaschutzvorschlägen der Stadtratsfraktionen und Stadratsmitglieder wird als erledigt abgeschrieben.

76. Postulat P 1/2020 betreffend partizipativere Erarbeitung der Legislaturziele

Fraktionen EVP+EDU+CVP, glp/BDP, SVP, Hans-Peter Aellig (FDP) und Markus van Wijk (FDP) vom 6. Februar 2020; Beantwortung

Stadtpräsident Raphael Lanz sagt, dass der Gemeinderat ausführlich darlegte, wieso er diese Forderung nach Partizipation nicht annehmen will. Es kommt die unterschiedliche Rolle der Legislative und Exekutive

zum Vorschein. Es ist nicht erstaunlich, dass nicht alle in ihrer Rolle dieselbe Meinung haben. Die Ablehnung des Vorstosses bedeutet ausdrücklich nicht, dass der Gemeinderat keine Partizipation will. Man kann mitwirken und dies wünscht er auch. Ihm ist es wichtig, dass es eine ernsthafte Partizipation ist. Der Prozess für die Erarbeitung der Legislaturziele eignet sich nicht für eine breite Partizipation. Es ist ein strategischer Prozess, der geistigen Freiraum braucht. Auch mit weiteren wichtigen Entscheidungen ist der Gemeinderat zu Beginn einer Legislatur beschäftigt. Wenn man auch noch einen partizipativen Prozess organisieren will, der ernsthaft sein soll, wird das System überfordert. Auch ist er nicht überzeugt, dass ein solcher Prozess noch miliztauglich wäre. Die Stadtratsmitglieder können Einfluss auf die Legislaturziele nehmen, welche nachweislich funktionieren. Es soll kein formeller partizipativer Prozess geschaffen werden, bei welchem Erwartungen geweckt werden, die nicht erfüllt werden können. Der Gemeinderat beantragt, das Postulat abzulehnen.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, führt aus, dass es 2013 bereits einen Wechsel gab. Dies soll nicht geändert werden. Beide Gremien achten minuziös darauf, wo welche Kompetenzen angesiedelt sind. Ihm war bewusst, dass die Kenntnisnahme nicht die grösste Begeisterung auslösen wird. Es sind viele Vorstösse betreffend Legislaturziele eingereicht worden. Einige davon könnten mit einer wie vorgeschlagenen Lösung gebündelt werden. Die Postulantinnen und Postulanten haben bewusst den Begriff «partizipativer» gewählt, im Sinne einer nicht maximalen Steigerung der heutigen Variante. Mit einer einfachen digitalen Form, eventuell auch mit einer Begrenzung auf fünf Ziele, könnte man mit wenig Aufwand ein Signal setzen. Der Gemeinderat könnte sein Tun untermalen und verstärken, mit der Wirkung, dass die Identifikation mit den Legislaturzielen gestiegen wäre. Es würde auch eine noch breitere Demokratisierung der Legislaturziele bedeutenden. Es gibt unterschiedliche Formen von Verantwortlichkeit und Delegation. Die Möglichkeiten liegen zwischen einer reinen Meinungsäusserung und der Entscheidungsfindung. Es wäre signalisiert worden, dass man sich intensiver äussern kann. Die Postulantinnen und Postulanten nehmen die Antwort, wie sie ist. Die Prüfung hat stattgefunden aber der Grund für die Ablehnung leuchtet nicht ein. Die Fraktion stellt den Antrag auf Annahme des Postulats und gleichzeitige Abschreibung.

Manon Jaccard, **SP-Fraktion**, teilt mit, dass die Fraktion zu keinem einheitlichen Schluss gekommen ist, weshalb sie der Diskussion weiter zuhören und dann entscheiden werden.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne/JG**, sagt, dass es auch bei ihnen keine einheitliche Haltung gibt. Die Partizipation ist für die Fraktion sehr wichtig. Es sollen breit abgestützte Entscheide entstehen. Einige unterstützen das Postulat, auch weil im bisherigen Prozess die Verwaltung ein zu grosses Gewicht bei der Erarbeitung der Legislaturziele erhalten hat. Für andere der Fraktion, inklusive ihm selber, leuchten die ablehnenden Gründe ein. Einige Bereiche eignen sich schlecht für eine Partizipation. Manchmal muss der Entscheid getroffen werden. Die Wahlen sind eine Art von Partizipation. Fünf Menschen müssen sich innert kürzester Zeit auf ein Programm einigen. Dies in wenigen Monaten zu schaffen, ist sehr schwierig. Nun eine echt gemeinte Partizipation der Bevölkerung einbinden zu wollen, ist eine Überforderung des Systems und schafft letztlich nur Enttäuschungen. Es gibt auch Stimmen, welche finden, dass die Partizipation hier am falschen Ort ist. Als noch der Stadtrat die Legislaturziele bestimmte, gab es keine rote Linie. Dies wollte man nicht mehr. Der Gemeinderat soll das Produkt kreieren und dafür geradestehen. Einer Annahme und gleichzeitiger Abschreibung wird sich die Fraktion nicht widersetzen und so bleibt es beim System, wie es jetzt ist.

Markus van Wijk (FDP) führt aus, dass die Meinung in der FDP einheitlich ist und sie nicht sehr erfreut sind. Der Gemeinderat schreibt, wie wichtig ihm die Partizipation ist und dies wird auch so wahrgenommen. Der Gemeinderat hat sich rasch in den Schützengraben verschoben und hat dort kein Gehör. Die Begründung, wieso verschiedene Stakeholder in den Prozess nicht miteinbezogen werden, scheint nicht ganz ausreichend. Die durch den Gemeinderat definierten Legislaturziele haben nicht nur im Stadtrat keine Begeisterungstürme ausgelöst. Es besteht Handlungsbedarf. Die Ziele müssen nicht nur durch den Gemeinderat erreicht werden. Auch die Legislative und die Verwaltung orientieren sich an

ihnen. Eine frühzeitige Partizipation kann dazu führen, dass es weniger Vorstösse gibt, weil man sich über die Ziele einig ist. Milizorganisationen sind wichtig. Schweizer Parlamente sind immer Milizorganisationen. Die Partizipation aus Gründen der Sittlichkeit und Ressourcen auf ein Minimum zu reduzieren, scheint heikel zu sein. Die FDP nimmt das Postulat an und schreibt es ab.

Nicole Krenger, **Fraktion glp/BDP**, will dem Gemeinderat nicht seine Kompetenz streitig machen. Er kann letztinstanzlich über Legislaturziele befinden. Diese Kompetenzordnung sagt aber nichts aus, wie der Gemeinderat bei dieser Entscheidung vorgeht. Fraktionen und Verbände könnten angehört werden. Dies kann eingeschränkt werden auf einzelne Vorschläge. Die Einholung der Meinungen kann auch gemacht werden, wenn der Gemeinderat noch nicht in seiner endgültigen Zusammensetzung ist. Die Inputs können dann gewürdigt werden. Die Fraktionen sind fähig, keine Eingaben zu machen, wenn man nichts sagen kann. Die Fraktion folgt dem Antrag mit Annahme bei gleichzeitiger Abschreibung.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, erläutert, dass es den Postulantinnen und Postulanten in keinsten Weise darum gegangen ist, die Kompetenz des Gemeinderates zu beschneiden. Die Legislaturziele bleiben die Ziele der Regierung. An diesen Zielen wird sich der Gemeinderat auch messen lassen müssen. Die Fraktion hat das Postulat mit Überzeugung miteingereicht. Die Antwort überzeugt aber ebenfalls. Die Zuständigkeit liegt gemäss der Stadtverfassung in Regierungsverantwortung. Es gibt für die Verbände und Fraktionen genügend Partizipationsmöglichkeiten. Der zeitliche Horizont reicht nicht aus für eine umfassende Mitwirkung. Die Fraktion wird das Postulat annehmen und gleichzeitig abschreiben.

Stadtpräsident Raphael Lanz betont, dass dies nun nicht heisst, dass der Gemeinderat einzeln und autoritär Entscheidungen treffen will. In vier Monaten einen Partizipationsprozess durchzuführen bereitet ihm ernsthafte Bedenken. Das heisst nicht, dass man sich nicht einbringen kann und darf. Der Kontakt mit den verschiedenen Organisationen ist Quelle für die Haltung des Gemeinderates. Es gibt Prozesse, welche durch die Verwaltung stark beeinflusst worden sind. Dort gibt es Fachpersonen, welche schon nur die Machbarkeit beurteilen können. Von diesem grossen Wissen muss profitiert werden, während aber gleichzeitig auch die politische Aufgabe des Gemeinderates wahrgenommen werden muss. Der Gemeinderat ist nicht der Meinung, dass es einen bestehenden starren Prozess gibt. Man kann dies verschieden gestalten. Nicht gewollt ist ein Prozess, welcher zu Frustration führt. Das Postulat ist eingehend geprüft worden. Der Gemeinderat könnte einer Annahme mit gleichzeitiger Abschreibung wohl etwas abgewinnen.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, erläutert, dass er als ehemaliger Leitpräsident bei den regelmässigen Treffen nie über Legislaturziele gesprochen hat. Es wurden dabei lediglich Fragen beantwortet durch den Gemeinderat. Bei einem solchen Treffen werden lediglich alle auf den gleichen Stand gebracht.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 36 : 1 Stimmen als erheblich und schreibt es einstimmig ab.

77. Interpellation I 21/2019 betreffend aktueller Planungsstand zur Verkehrssituation Allmendingen

Andreas Kübli (glp) vom 13. Dezember 2019; Beantwortung

Andreas Kübli (glp) ist teilweise befriedigt, weil der Neuigkeitsgehalt in der Antwort sehr klein ist. Er verlangt aber keine Diskussion.

78. Motion M 2/2020 betreffend Angebot einer Ganztagesesshule in Thun

Fraktionen SP, Grüne/JG, glp/BDP, Alois Studerus (CVP) und Mitunterzeichnende vom 13. Februar 2020; Beantwortung

Gemeinderat Roman Gimmel sagt, dass bereits im Frühling 2018 in dem Gremium dieselbe Thematik besprochen wurde. Er hat den Eindruck, dass es legitim ist, das Thema neu aufzunehmen. Damals hatte man in der Volksschule viele Projekte, welche noch nicht beendet worden sind. Es ist ein Thema, das jetzt in die Planung aufgenommen werden soll. Dies ist auch die Meinung der Verwaltung und anderer Stellen. Bern und Köniz haben sich schon ins Feld gewagt und Thun könnte nun folgen. Die Zuständigkeit wäre nicht im Rechtsdienst, sondern beim Amt für Bildung und Sport zu suchen. Das Angebot einer Ganztagesesshule soll mit der Motion schneller erreicht werden. Er kann zusichern, dass er bei der Umwandlung in ein Postulat und der Annahme noch diesen Herbst mit den Planungen für das nächste Jahr beginnen würde.

Katharina Ali-Oesch, **Fraktion SP**, freut sich über die Unterstützung des Gemeinderates und dankt für den ausführlichen und wohlwollenden Bericht. Auch für den Gemeinderat ist nun der richtige Zeitpunkt für die Planung einer öffentlichen Ganztagesesshule gekommen. Das Konzept soll schon im Herbst erarbeitet werden. Die Vorzüge eines ganzheitlichen Bildungs- und Betreuungsangebotes unter einem Dach in Form einer Ganztagesesshule sind vielfältig. Auf fünf Vorteile gemäss Antwort des Gemeinderates wird ausdrücklich hingewiesen. Die Fraktion sieht noch weitere Vorteile. Für alleinerziehende Mütter und Väter ist eine Ganztagesesshule eine Erleichterung, schwierige Situationen können früher erkannt und besser aufgefangen werden und Ruhe und Vertrauen werden gefördert. Es gibt Raum für neue Unterrichtsformen wie beispielsweise das Churer Modell oder die Basisstufe und erhöht generell den Handlungsspielraum im pädagogischen wie auch im organisatorischen Bereich. Auch gesundheitsförderndes Essen wäre Teil von Unterricht und Betreuung. Auch die Chancengerechtigkeit kann gefördert werden. Für innovative Lehrpersonen entstehen attraktive Arbeitsplätze. Die Umfrage im «Beo Land» von Radio BeO zeigt, dass sich 4 von 5 Hörerinnen und Hörer das Angebot auch im ländlichen Bereich wünschen. Für die Stadt Thun wurde dieses Ergebnis schon im Jahr 2017 durch eine Petition erhoben. Das Mittagsmodul an den Thuner Tagesschulen wird wöchentlich von mehr als 950 Kindern genutzt, was den grossen Bedarf an Tagesschulen untermauert. Das versprochene Schulentwicklungsprojekt wird aufzeigen, wie die Realisierung in Kombination mit den anstehenden Schulbauprojekten sinnvoll umgesetzt werden kann. Die finanziellen Auswirkungen auf die Stadt sollen ermittelt werden. Mittelfristig soll eine Ganztagesesshule in Thun errichtet werden. Für die Planung und Umsetzung soll die Verwaltung Spielraum haben. Sie vertrauen auf ihre Kompetenz und setzen eine hohe Dienstleistungsbereitschaft in Thun voraus. Gemeinderat, ABS und Schulkommission unterstützen das Begehren. In Thun kann man auf den Konzepten von Bern und Köniz aufbauen. Die Unterstützung des Kantons kann erwartet werden. Den Kindern soll die bestmögliche Bildung und Betreuung geboten werden und die Stadt soll noch attraktiver für Familien werden. Die Fraktion wird die Motion einstimmig annehmen.

Markus van Wijk (FDP) steht für eine solche Schulentwicklung grundsätzlich ein. Damit eine Änderung des Bildungsreglements Sinn macht, braucht es zuerst eine klare Vorstellung über die angestrebten Ziele. Ein Schulversuch scheint zielgerichtet und erfolversprechend. Die Vorstellung soll zuerst erhärtet werden und dann der Gesetzestext entsprechend formuliert werden. Ob die Tagesschule beispielsweise als gebundene oder offene Schule geführt werden soll, muss entschieden werden. Es werden die fünf Kernelemente einer Ganztagesesshule erläutert. Eine Ganztagesesshule führt zu höherer Komplexität durch mehr Personal, mehr Strukturen, mehr Schnittstellen, mehr geforderte Flexibilität und heterogene Schulteams. Die Lösung, welche für die Thuner Bedürfnisse am besten passt, soll eruiert werden. Die FDP stimmt der Umwandlung in ein Postulat zu und will eine zeitnahe Evaluation im Rahmen eines Schulversuches. Der Kanton könnte sich adäquat an den Kosten des Versuchs beteiligen.

Barbara Klossner-Beer, **SVP-Fraktion**, erläutert, dass die Fraktion zum Schluss gekommen ist, dass Thun die Einführung einer Ganztageschule prüfen soll. Im Rahmen eines Projektes soll das bestehende Bedürfnis eruiert werden. Die Umfragen sehen positiv aus, aber wenn es um die Bezahlung und die Anmeldung geht, sieht es oft anders aus. Die finanziellen Konsequenzen müssen ermittelt werden. Jede Gemeinde muss selbst klären, wie hoch die Beteiligung der Eltern sein muss. Alle diese offenen Fragen könnten im Rahmen eines Pilotprojekts geklärt werden. Der Gemeinderat hat sich bereits 2017 bereit erklärt, ein Konzept für eine Ganztageschule zu prüfen. Heute ist über den Wortlaut der Motion zu entscheiden, welche die Änderung des Bildungsreglements verlangt. Die Fraktion wird gegen diese Motion stimmen, weil sie die Umsetzung des Wortlauts zu dem Zeitpunkt nicht befürworten kann. Sonst wäre der Gemeinderat daran gebunden. Es soll noch keine zeitaufwändige Gesetzesänderung gemacht werden, wenn das Bedürfnis noch nicht ermittelt worden ist. Die Fraktion wird die Motion ablehnen und das Anliegen als Postulat annehmen.

Andreas Kübli, **Fraktion glp/BDP**, ist überzeugt, dass der Bedarf einer ganztätigen Betreuung aus einer Hand ein immer grösseres Bedürfnis ist. Auch die Entwicklungen in Köniz und Bern zeigen, dass es machbar ist und eine grosse Nachfrage da ist. Das Familienangebot führt auch zu mehr Standortattraktivität. Es ist klar, dass dies nicht kostenlos zu haben ist. Das Modell, die Kosten und die Betreuungsmöglichkeiten sollen vor einer Änderung des Bildungsreglements abgeklärt werden. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass er bei einer Annahme der Motion eine Gesetzesänderung ohne weitere Abklärung vorlegen muss. Dies sieht die Fraktion anders. Im Geschäftsreglement des Stadtrates wird nicht definiert, wie eine Motion umgesetzt werden muss. Der Gemeinderat ist frei, zuerst ein Schulentwicklungsprojekt durchzuführen und dann entsprechend zu handeln. Es kann danach entschieden werden, das Reglement anzupassen oder die Motion fallen zu lassen. Ein Postulat ist für ein solch wichtiges Thema zu schwach. Das weitere Vorgehen soll nicht von der Form abhängig gemacht werden. Die Fraktion hält weiterhin an der Motion fest.

Thomas Rosenberg, **Fraktion Grüne/JG**, beschränkt sich in seinen Ausführungen auf die Form. Für jede Umsetzung braucht es eine Prüfung. Hier ist aber das Ziel klar. Es soll eine Tageschule errichtet werden und so ein Standortvorteil geschaffen werden. Nicht die Möglichkeit der Realisierung soll geprüft werden, sondern eine Ganztageschule soll per Reglement eingeführt werden. Es bleibt unabhängig von der Form immer Raum für ein Pilotprojekt. Eine weitere Verzögerung soll nicht riskiert werden. Die Fraktion nimmt den Vorstoss als Motion an, weil nur so die Umsetzung gewährleistet ist.

Alois Studerus, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, teilt mit, dass die Fraktion in diesem Geschäft getrennt reden wird. Er spricht sich für den Vorstoss aus. Mit der Einführung einer Ganztageschule wird ein richtiger Schritt von Vereinbarkeit von Familie und Beruf gemacht. Auch Unternehmen wird ermöglicht, Fachkräfte mit Betreuungspflichten beschäftigen zu können. Eine Ganztageschule ist eine familienergänzende Bildungseinrichtung, keine familienersetzende Betreuungseinrichtung. Viele Familien sind auf solche Betreuungsmöglichkeiten angewiesen. Die Realitäten sind so, dass es nicht nur die klassische Familie gibt. Bei einer Motion ist es nicht nur ein Versuch, sondern das Finden der richtigen Form. Die Motion ist der richtige Punkt, ein Meilenstein, der in Thun gesetzt werden kann. Er unterstützt diese Motion.

Eveline Salzmann, **SVP-Fraktion**, teilt Stadtrat Kübli mit, dass seine Meinung falsch ist. Gemäss Art. 49 des Stadtratsreglements verpflichtet eine Motion den Gemeinderat, einen bestimmten Beschluss oder Reglementsentwurf vorzulegen. Es gibt noch nicht absehbare Stolpersteine, weil noch keine Evaluation stattgefunden hat. Es ist empfehlenswert, wenn der Vorstoss nun als Postulat angenommen wird und dem Gemeinderat vertraut wird. Wenn die konkrete Umsetzung bekannt wird, kann das Reglement angepasst werden.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, teilt mit, dass sich die Fraktion in einigen Punkten einig ist. Dass die gesellschaftliche Entwicklung solche Bedürfnisse entstehen lässt, ist nachvollziehbar. Wahrscheinlich entstehen Bedürfnisse nach Ganztageschulen weniger bei den Jugendlichen und Kindern,

sondern bei den Eltern. Jugendliche möchten nicht so lange professionell betreut werden. Es ist eher eltern- und unternehmerfreundlich. Die wünschenswertesten Lösungen sind nicht immer realisierbar und besser. Die professionelle Betreuung ist besser als keine oder eine schlechte Betreuung. Es ist auch wichtig, dass bestehende Angebote gestärkt werden. Die Fraktion wünscht, dass die Kosten am Einkommen angepasst werden. Die Motion verlangt die Änderung des Bildungsreglements. Dies braucht thunspezifische Grundlagen und Zahlen, welche aktuell fehlen. Der Grossteil der Fraktion stimmt dem Postulat zu und überweist die Motion nicht.

Andreas Kübli, **Fraktion glp/BDP**, sagt, dass ihm auch bewusst ist, dass eine Motion umgesetzt werden muss. In welchem Zeitraum, mit welcher Vorbereitung und in welcher Art und Weise dies geschehen muss, ist aber nicht geregelt. Die Änderung des Reglements muss gemacht werden, dies ist aber nicht alles. Es braucht Erläuterungen und Abklärungen.

Gemeinderat Roman Gimmel erläutert, dass der Gemeinderat die genannten Gegenargumente abgewogen hat. Teilweise kam er gerade in rechtlichen Fragen zu anderen Schlüssen. Es freut den Gemeinderat, dass inhaltlich Konsens herrscht. Der Inhalt soll höher gewichtet werden als die Form. Der Gemeinderat ist klar zum Schluss gekommen, dass das Anliegen in der Form eines Postulats direkt an die Hand genommen werden soll. Bei Annahme der Motion könnte der Gesetzeswortlaut auch ganz einfach lauten, dass die Stadt Thun Ganztageschulen anbieten kann.

Katharina Ali-Oesch, **SP-Fraktion**, freut die positive Aufnahme im Rat. Die Finanzierung ist analog der modularen Tagesschulen. Es geht um eine Erweiterung von Betreuungsangeboten und eine Weiterentwicklung des Bildungsangebots. Es wird nicht um einen Schulversuch oder Pilotprojekt abgestimmt. Die Behörden können selbst bestimmen, was sie in der Umsetzung wählen. Es soll auf Nummer sicher gegangen werden, dass eine Ganztageschule errichtet wird. Das Vorgehen unterscheidet sich nicht zu demjenigen bei der Annahme als Postulats. Das Modell und der Standort müssen in einer Versuchsphase geprüft werden. Bildung und Betreuung sind dynamische Bereiche, welche sich den aktuellen Gegebenheiten anpassen müssen. Der Gemeinderat ist verantwortlich für die Umsetzung der politischen Entscheide.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt die Motion mit 22 : 15 Stimmen als erheblich.

79. Postulat P 2/2020 betreffend keine Sparmassnahmen in der Direktion BiSK

Katharina Ali-Oesch (SP), Andreas Kübli (glp), Fraktion SP und Mitunterzeichnende vom 13. Februar 2020; Beantwortung

Katharina Ali-Oesch, **SP-Fraktion**, erläutert, dass ständige Aufgabe der Kommissionen die Feststellung und Diskussion der Handlungsspielräume und gegebenenfalls Ergreifen von frühzeitigen Initiativen im Budgetprozess ist. Dies wird mit diesem Postulat gemacht. Die übergeordneten Zielsetzungen der Produktgruppenbudgets werden anfangs Jahr festgelegt. Bei dem Geschäft betreffend Mokka im Dezember 2019 war es unmöglich, die geplante Kompensation des Gemeinderates zu antizipieren und die Zielsetzungen im Frühling 2020 zu ändern. Auch in der Budgetdebatte konnte das Anliegen nicht eingebracht werden, weil die Absichten des Gemeinderates nicht bekannt waren. Die nötige Transparenz fehlte auch im Stadtratsbericht, was für sie inakzeptabel ist. Finanzielle Forderungen werden entweder zu früh und ohne Gesamtüberblick oder zu spät gestellt, wenn nicht mehr in abgeschlossene Budgetprozesse eingegriffen werden kann. Sie möchte vom Gemeinderat wissen, wie das Problem konkret gelöst werden könnte. Dieser Vorstoss wurde in der Direktion FiRU besprochen. Praktisch jeder Vorstoss hat Auswirkung auf die Finanzen. Die Auswirkungen auf die betroffene Direktion scheinen mindestens ebenso wichtig. Es geht um die städtischen Mehrausgaben von 144'000 Franken in der Direktion Bildung Sport und Kultur.

Der Gemeinderat hat durch sein Vorgehen und die mangelnde Transparenz den Verpflichtungskredit und damit auch die Zukunft des Mokkas als städtischen Kulturbetrieb gefährdet. Die Mehrausgaben müssen kompensiert werden. Wie dies umgesetzt werden soll, konnte sie nicht in Erfahrung bringen. Die Fraktion stellt den Antrag auf Annahme des Postulats.

Andreas Kübli, **Fraktion glp/BDP**, ist enttäuscht aufgrund der unfreundlichen und abweisenden Antwort. Es dürfte dem Gemeinderat entgangen sein, dass sein Vorgehen zu diesem Vorstoss führte. Es ist nicht Ziel des Postulats, nun über jede einzelne Budgetposition zu entscheiden. Es geht um die Art und Weise, wie im Geschäft vorgegangen worden ist. Die Frage soll im Rahmen des Budgets geklärt werden. Dies setzt offene Karten voraus. Er hätte sich einen Hinweis gewünscht, wie die Einsparungspotentiale zur Diskussion stehen. Die betroffene Direktion hätte im Frühling geklärt haben sollten, wie die Gelder eingespart werden können. Die Fraktion beantragt die Annahme. Er wird sich künftig grundsätzlich überlegen, Geschäfte wie dasjenige betreffend Mokka generell zurückzuweisen.

Hanspeter Aellig (FDP) sieht in diesem Geschäft eine gewisse Analogie zu den Berichten betreffend Klimaeingaben. In einer Finanzdebatte muss ein Budget für eine vergleichende Diskussion vorliegen. Diskussionen über einzelne Budgetposten ermöglichen niemals eine gesamtheitliche Betrachtung und führen zwangsläufig zu ungerechten oder falschen Beschlüssen. Die FDP wird das Postulat einstimmig ablehnen.

Reto Schertenleib, **SVP-Fraktion**, ist persönlich der Meinung, dass in diesem Jahr in der Direktion BiSK nicht mehr viel eingespart wird. Ursprünglich wurde in Aussicht gestellt, dass die Kompensation bis im April kommuniziert wird. Es wurde immer noch nichts kommuniziert. Mittlerweile wird auf den Budgetprozess 2021 verwiesen. Der Wunsch des Postulats dürfte somit in Erfüllung gehen. Dies heisst nicht, dass die Fraktion das Postulat gutheisst und auch nicht das zugehörige Vorgehen. Der Antwort des Gemeinderates gibt es nichts hinzuzufügen. Wenn die finanziellen Mittel beschränkt sind, müssen Prioritäten gesetzt werden. Die Fraktion lehnt das Postulat ab.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne/JG**, teilt inhaltlich das Anliegen der Postulantinnen und Postulanten vollumfänglich. Die Fraktion setzt sich für die Kulturförderung und das Mokka ein. Das Geschäft kam denkbar unglücklich in den Stadtrat. Fraglich ist, ob es korrekt ist, im Dezember so ein Geschäft zu bringen, wenn das Budget im November beschlossen worden ist. Es ist ausserordentlich unglücklich gelaufen. Es ist schade, dass man nicht weiss, ob es Mehreinnahmen gab oder ob gespart wurde. Im Budgetprozess 2021 kann man hoffentlich präzise Stellung dazu nehmen. Die Fraktion unterstützt aber das formale Vorgehen nicht, um mit Vorstössen Posten vom Budgetprozess ausnehmen zu können. Vor allem wenn es um das Künftige geht, muss es in der Gesamtschau eines Budgetprozess betrachtet werden. Es muss geordnet darüber befunden werden. Die Fraktion lehnt das Postulat mehrheitlich aus formellen Gründen ab.

Reto Kestenholz (Grüne) teilt mit, dass es ihm aufgrund der Formulierung des Postulats nicht möglich ist, ja oder nein zu stimmen. Er hofft, dass es keine Einsparung bei den Kindern und Jugendlichen geben wird.

Susanne Gyga, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, stimmt den Ausführungen von Stadtrat Hiltbold betreffend Budgetprozess zu. Das Geschäft betreffend Mokka ist nach dem Budgetbeschluss in den Stadtrat gekommen. Es war nicht klar, wer die Kosten übernehmen soll. Die Budgetdebatte ist der richtige Ort, um für die Ausgaben der Stadt Thun zu plädieren. Sonst würden isoliert Steuergelder umgeteilt werden. Es ist unklar, wieso das Mokka einen Sonderstatus erhalten soll und die entsprechenden Mehrausgaben nicht in der entsprechenden Direktion kompensiert werden sollen. Es geht nicht um das Mokka an sich, sondern um das Prinzip. Im Postulat ist zu wenig verdeutlicht, dass sich die Forderung auf den Budgetprozess 2021 bezieht. Die Fraktion lehnt das Postulat ab.

Gemeinderätin Andrea de Meuron kann es verstehen, dass die Postulantin und die Postulanten nicht erfreut sind, diese formalpolitische Antwort zu lesen. Es geht um Angebote, bei denen man befürchtet, dass sie reduziert werden. Es ist kein Angebot eingespart worden. Es geht um Massnahmen, die man ergreift. Es gibt nicht den Tag X, an dem man solche Anliegen einreichen muss. Der Stadtrat bewirkt mit seinen Vorstössen konkretes Handeln. Der Stadtrat hat immer die Möglichkeit, sich einzubringen. Beim Sparen soll der ordentliche Weg gewählt werden, am besten möglichst früh im Jahr. In der Februarsitzung muss gut geschaut werden, was in der Kompetenz des Stadtrates ist. Im November kann auf den Nettoaufwand Einfluss genommen werden. Damit können aber nicht einzelne Angebote bewirkt werden. Aktuell läuft der Budgetprozess 2021. Die Abteilungen haben den Auftrag, ein Null-Wachstum zu planen. Dies war ohne die Auswirkungen der Corona-Pandemie. Die Abteilungen sind gefordert, wie die Ziele erfüllt werden können. Auch im Rahmen von Millionen-Budgets kann geprüft werden, was effizienter gemacht werden kann oder wie Mehreinnahmen generiert werden können. Einsparen ist auch eine Möglichkeit, aber nicht die Alleinige. Der Stadtrat kann im Herbst die Budgetvorlage des Gemeinderates diskutieren. Die Verwaltung hat die Aufgabe, gute Lösungen zu bringen, welche fachlich und sachlich abgestützt sind. Der Gemeinderat empfiehlt, das Postulat abzulehnen.

Katharina Ali-Oesch, **SP-Fraktion**, teilt mit, dass das Postulat der Vergangenheitsbewältigung dient und sie nicht wollen, dass so etwas nochmals passiert. Dies sollte als schlechtes Beispiel abgehandelt werden und man darf davon ausgehen, dass nur noch gute Beispiele vorgelegt werden. Es geht nicht rein um das Mokka. Es liegt ihr am Herzen, wie viele andere Sachen auch. Der Prozess sollte beleuchtet und die nötige Transparenz gefordert werden. Sie wird sich informieren, damit das richtige Instrument und Zeitfenster gefunden werden kann, um diese Anliegen zu deponieren.

Stadtratsbeschluss

Der Rat lehnt das Postulat mit 17 : 12 Stimmen bei 8 Enthaltungen ab.

80. Fragestunde F 12/2020 betreffend "Wie sieht der Stand und das weitere Vorgehen zur Planung ESP Bahnhof Thun aus?"

Fraktion SP vom 30. Juni 2020; Beantwortung

Die Fragestunde F 12/2020 wird schriftlich beantwortet.

81. Fragestunde F 13/2020 zur Ortsplanungsrevision

Fraktion SP, Fraktion Grüne/JG, Hans-Peter Aellig (FDP), Markus van Wijk (FDP), Susanna Ernst (FDP) vom 30. Juni 2020; Beantwortung

Die Fragestunde F 13/2020 wird schriftlich beantwortet.

82. Dringliche Interpellation I 3/2020 betreffend Ortsplanungsrevision Thun – Berichterstattung nicht am Stadtrat vorbei

Susanna Ernst (FDP), Markus van Wijk (FDP), Hanspeter Aellig (FDP) und SP-Fraktion SP vom 2. Juli 2020

Hanspeter Aellig (FDP) teilt mit, dass der Urheberschaft die Ortsplanungsrevision sehr wichtig ist und diese gelingen muss. Sie machen sich Sorgen. Der Schlüssel für eine erfolgreiche Ortsplanungsrevision ist die Mitwirkung, die laufende Kommunikation und die notwendigen Ressourcen. Alle sind von der Ortsplanungsrevision betroffenen, und diese sollen Stossrichtung und Zwischenresultate kennen. Dies führt zu Transparenz und damit zu Klarheit, Vertrauen und Akzeptanz. Er bittet um Unterstützung der Dringlichkeit.

Stadtpräsident Raphael Lanz sagt, dass heute eine Fragestunde zum Thema beantwortet wurde. Die meisten Fragen sind bereits geklärt. Die noch offenen Fragen können so schnell wie möglich beantwortet werden. Der Gemeinderat arbeitet sehr intensiv an den Mitwirkungseingaben, welche in der nächsten Zeit im Gemeinderat behandelt werden und er spricht sich deshalb gegen einen formellen Dringlichkeitsbeschluss aus. Die entsprechende Sachkommission macht mehrere Zusatzsitzungen. Die SP-Fraktion ist dort auch vertreten. Der Stadtrat wird bald informiert. Er möchte keinen formellen Dringlichkeitsbeschluss, damit die Ressourcen so eingesetzt werden können, dass die Reihenfolge stimmt.

Stadtratsbeschluss

Der Rat lehnt die Dringlichkeit mit 24 : 10 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, dankt dem Ratssekretariat und dem Stadtratssekretär im Rahmen einer **Fraktionserklärung** herzlich für das Arrangement zu Ehren des leider verstorbenen Alain Kleiner. Auch die Beileidsanzeigen möchte er herzlich verdanken.

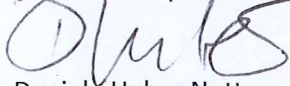
Mitteilungen

Keine.

Eingänge

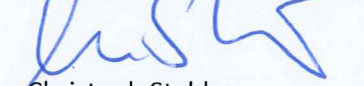
- Postulat P 11/2020 betreffend städtische Sozialwohnungen; SP-Fraktion vom 2. Juli 2020
- Postulat P 12/2020 betreffend Gendermainstreaming in der Stadtverwaltung; Alice Kropf (SP), SP-Fraktion, Sarah Zaugg (Grüne) vom 2. Juli 2020
- Interpellation I 3/2020 betreffend «Ortsplanungsrevision Thun – Berichterstattung nicht am Stadtrat vorbei»; Susanna Ernst (FDP), Markus van Wijk (FDP), Hanspeter Aellig (FDP) und Fraktion SP vom 2. Juli 2020
- Interpellation I 4/2020 betreffend Viehmarktplatz, Kunstprojekt «Insel in der Stadt»; Reto Schertenleib (SVP) vom 2. Juli 2020
- Interpellation I 5/2020 betreffend Mokka; Reto Schertenleib (SVP) vom 2. Juli 2020

Die Stadtratspräsidentin



Daniela Huber Notter

Der Stadtratssekretär



Christoph Stalder

